



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 22. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft (UK/022/2010)

am Mittwoch, 01.12.2010,

16:30 Uhr

**im Neuen Rathaus, Festsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:30 Uhr
Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Anwesend:

Stellvertretender Vorsitzender

Dirk Hilbert Vertretung für Frau Helma Orosz

CDU-Fraktion

Dr. Georg Böhme-Korn
Lothar Klein Bezahlung in SB

Fraktion DIE LINKE.

Dr. Margot Gaitzsch
Andreas Naumann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andrea Schubert
Elke Zimmermann

SPD-Fraktion

Albrecht Pallas

FDP-Fraktion

Burkhard Vester

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Anita Köhler

Stellvertretende Mitglieder

Dr. Hans-Joachim Brauns Vertretung für Herrn Joachim Stübner
Bezahlung in SB
Klaus Rentsch Vertretung für Herrn Dr. Helfried Reuther
Bezahlung in SB

Abwesend:

CDU-Fraktion

Dr. Helfried Reuther
Joachim Stübner

Verwaltung:

Herr Dietz	Amt 86
Frau Grothe	Amt 86
Frau Manicke-Richter	Büro GB 7
Frau Maiwald	Büro GB 6
Herr Koettnitz	AL Amt 66
Herr Braumann	Amt 61
Frau Dr. Engel	Amt 61
Herr Rex	Büro GB 7
Frau Steinhof	Amt 61

Gäste:

Dr. Martin Schulte-Wissermann	Sachverständiger für Bürgerbündnis
Dr. Annette Rauterberg-Wulff	Sachverständige für Umwelt Berlin f. LINKE
Dr. Ditmar Hunger	Sachverständiger für SPD
Dr. Detlef Hamann	Sachverständiger für CDU/FDP
Herr Redemund	DNN
Frau Müller	BILD
Herr Wolf	LAFUG

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Luftreinhalte- und Aktionsplan für die Landeshauptstadt Dresden
(1. Fortschreibung 2010)

**V0840/10
beschließend**

Herr **BM Hilbert** eröffnet die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Umwelt und Kommunalwirtschaft, Stadtentwicklung und Bau sowie Wirtschaftsförderung zur Beratung und geplanten Beschlussfassung zur Vorlage V0840/10 „Luftreinhalte- und Aktionsplan für die Landeshauptstadt Dresden (1. Fortschreibung 2010)“.

Es wurde form- und fristgerecht geladen, die Beschlussfähigkeit ist bei allen drei Gremien hergestellt.

öffentlich

1 Luftreinhalte- und Aktionsplan für die Landeshauptstadt Dresden (1. Fortschreibung 2010) V0840/10 beschließend

Herr **BM Hilbert** erinnert an den Beschluss des Stadtrates aus August 2010 zur Expertenanhörung zur Fortschreibung des Luftreinhalte- und Aktionsplanes für die Landeshauptstadt Dresden vor diesen drei anwesenden Ausschüssen und begrüßt die zur Sitzung eingeladenen Experten:

Dr. Martin Schulte-Wissermann	Sachverständiger für Bürgerbündnis
Dr. Annette Rauterberg-Wulff	Sachverständige für Umwelt Berlin f. LINKE
Dr. Ditmar Hunger	Sachverständiger für SPD
Dr. Detlef Hamann	Sachverständiger für CDU/FDP.

Die Anhörung soll im Regelfall auf 90 Minuten begrenzt sein, jeder Experte habe für seine Ausführungen zehn Minuten Redezeit. Danach erfolge die Diskussion zur Thematik und die anschließende Abgabe der Voten sowie die Beschlussfassung.

Herr BM Hilbert stellt selbst den Luftreinhalteplan für die Stadt Dresden vor. Die Notwendigkeit zum Aufstellen eines Luftreinhalteplanes seien die vorgegebenen Grenzwerte, deren Einhaltung unumgänglich sei. (z. B. Feinstaub) Derzeit liege Dresden unterhalb der Schwellenwerte. Die Werte für 2010 seien auf den 17. Oktober festgeschrieben und es habe bis dahin noch keine weitere Überschreitung der Grenzwerte gegeben. Die Überschreitungen seien im ersten Quartal diesen Jahres zu verzeichnen gewesen.

Bei den Stickoxiden seien Grenzwerte ab dem Jahr 2010 einzuhalten gewesen. Er führt aus, dass es in Dresden Nord keine Überschreitungen gegeben habe, nur auf der Bergstraße sei ein Problem zu erkennen. An dieser Stelle müsse unbedingt gesichert werden, dass man unterhalb der Toleranzgrenzen bleibe.

Herr BM Hilbert erwähnt, dass seitens des LAFUG - Herr Wolf - eine Hochrechnung erstellt worden sei ohne Durchführung von Maßnahmen. Anhand dieser Analyse könne ein Prognosefall für das Jahr 2011 errechnet werden, bei nur wenigen Überschreitungen der Grenzwerte. Auch das Beispiel einer eventuell einzurichtenden Umweltzone stellt Herr BM Hilbert vor.

Selbstverständlich sei auch die regulatorische Maßnahme einer Vorgabe zur Erneuerung der Fahrzeugflotte noch möglich, nur solle angestrebt werden, dieses Mittel nicht unbedingt zu ergreifen. Eine wesentliche Rolle könne auch die Verringerung des Verkehrs bzw. die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur sowie Mobilitätsmanagement spielen.

In drei Workshopveranstaltungen habe man sich Partner aus Industrie und Gewerbe zu konstruktiven Gesprächen eingeladen. Über spezielle Projekte sei gesprochen worden mit dem Ziel einen Luftreinhalteplan zu erstellen um die Grenzwerte einzuhalten.

Das LAFUG habe dann die notwendigen Berechnungen vorgenommen und der Luftreinhalteplan sei erarbeitet worden. Heute gehe es um die Offenlage in der Bürgerschaft und die Einwendungen würden dann gegebenenfalls eingearbeitet. Danach werde in den Gremien die Beratung erfolgen und eine Beschlussfassung im Mai 2011 sei das Ziel sowie die Übergabe an die entsprechenden Landesbehörden.

Die Anhörung der Sachverständigen erfolgt: Herr Dr. Hamann, Frau Dr. Rauterberg-Wulff, Herr Dr. Hunger und Herr Dr. Schulte-Wissermann.

Herr **BM Hilbert** dankt für die Meinungen und eröffnet die Diskussion. Er bittet um Fragen der Stadträte und Stadträtinnen an die Sachverständigen.

Eingehend auf die Ausführungen von Herrn Schulte-Wissermann sei für Frau **StRin Zimmermann** von Interesse, was die Grundlagen für die Aussage seien, dass eine Umweltzone innovativen Verkehrskonzepten entgegenstehe.

An Frau Dr. Rauterberg-Wulff stellt sie die Frage, ob die Umweltzone in Berlin tatsächlich zur Verhinderung der Weiterentwicklung der Verkehrskonzepte geführt hätte. Verursache die Umweltzone Benachteiligungen sozial schwacher Menschen?

Eine Beurteilung von Herrn Dr. Hunger, ob nicht bei großen Bauvorhaben in der Innenstadt gänzlich auf Tiefgaragen verzichtet werden solle, sei für Frau StRin Zimmermann von Interesse.

Auf die Aussagen von Herrn Dr. Hamann bezogen möchte sie nähere Erläuterungen, ob automatisch ein Austausch von 63 % der Fahrzeuge, die zum Tragen der grünen Plakette berechtigt sein sollten, erfolge.

Herr **Schulte-Wissermann** erklärt, dass viele Dinge im Luftreinhalteplan ohne den Druck der EU bzw. Bundesgesetze gar nicht enthalten seien, wie z. B. der Bau von Radwegen begleitend an Hauptverkehrsstraßen. Aber wenn die Umweltzone eingeführt werde und für das Einhalten der Grenzwerte Sorge, dann könne unter Umständen nicht mehr viel vom Maßnahmenpaket übrig bleiben.

In Beantwortung der Anfrage von Frau StRin Zimmermann stellt Frau **Dr. Rauterberg-Wulff** heraus, dass die Umweltzone in Berlin die Verkehrspolitik nicht verhindere. Zum Beispiel gäbe es eine umfassende Radverkehrsstrategie sowie einen gut ausgebauten ÖPNV, es seien zwei Leihsysteme für Fahrräder eingeführt worden. Von 2002 bis 2009 habe es einen stetigen Rückgang der Verkehrsleistung um ca. 10 % des KfZ-Aufkommens gegeben, konstatiert Frau Dr. Rauterberg-Wulff. Außerdem liege in Berlin der Modal-Split des NIV (nicht motorisierter Individualverkehr) mit 32 % (in Dresden 41 %) am Niedrigsten deutschlandweit. Sie betont weiterhin, dass ein weiterer Rückgang der Motorisierung in Berlin zu verzeichnen sei.

Zur sozialen Benachteiligung führt Frau Dr. Rauterberg-Wulff aus, dass es Fahrzeuge mit grüner Plakette seit den 90iger Jahren gäbe und man diese gebraucht kostengünstig erwerben könne. Probleme würde die Unterhaltung bereiten, welche sich sozial Schwächere nicht leisten könnten, auch auf Grund des hohen Steuersatzes. Fahrzeuge halten nicht ewig und den gesamten Ersatzaufwand nur der Umweltzonen zuzuschreiben sei nicht richtig, stellt Frau Dr. Rauterberg-Wulff klar. Viele Sozialschwache würden auf Grund der preiswerteren Mieten eher an luftbelasteten bzw. lärmefüllten Hauptverkehrsstraßen wohnen und diese entlaste man aber mit der Umweltzone.

Herr **Dr. Hunger** erinnert daran, dass es eine Stellplatzsatzung gegeben habe. Heutzutage könne das Problem mit den Parkhäusern nur über die Parkraumgebühren gesteuert werden. Laut Aussagen des Geschäftsbereiches Wirtschaft müsse man diese Gebühren an mancher Stelle erhöhen. Diese Erhöhung diene dann letztendlich der Wirtschaftlichkeit des ÖPNV, verdeutlicht Herr Dr. Hunger. Die Stadtplanung Dresden solle sich darauf konzentrieren, die vielen vorhandenen freien Flächen in erschlossenen Infrastrukturen neu zu bauen/zu verdichten.

Herr **Dr. Hamann** erläutert, dass der Austausch von 63 % der Fahrzeuge gewollt sei. Es sei ein Dokument „Partnerschaft für Luftreinhaltung - umweltfreundliche Mobilität“ gemeinsam mit der Stadtverwaltung erarbeitet worden, welches die Zielstellung des Luftreinhalteplanes beinhalte.

Wie haben sich die Ausnahmeregelungen bei der Einführung der Umweltzone auf Berlin ausgewirkt, fragt Herr **StR Naumann**.

Zu den Ausnahmeregelungen legt Frau **Dr. Rauterberg-Wulff** dar, dass nicht mehr als 10 % Ausnahmen von der Zahl der potentiell betroffenen Fahrzeuge erteilt werden sollen, um das Ausmaß der Regelungen zu begrenzen. Für die erste Stufe seien in Berlin in etwa 8.000 Ausnahmen erteilt worden bei 79.000 Betroffenen.

Insbesondere seien Kleinstunternehmen, wie Ein- oder Zweimannunternehmen, durch die Umweltzone von der Insolvenz bedroht, konstatiert Herr **Dr. Hamann** auf Anfrage von Herrn StR Naumann. Eine genaue Größenordnung könne nicht benannt werden.

Welche Rolle spiele bei der Luftreinhalteplanung das Straßenbegleitgrün, hinterfragt Herr **StR Naumann**.

Herr **Dr. Hunger** äußert, dass das Straßenbegleitgrün von großer Wichtigkeit sei, wie z. B. gegen die Klimaveränderung. Die Bevölkerung müsse hierzu aufgeklärt werden, da das Straßenbegleitgrün in Dresden immer weniger werde.

Für Herrn **StR Rentsch** sei von Interesse, ob der Umbau des Straßennetzes als Vorteil gesehen werden könne.

Ein relativ offenes Straßennetz sei zielführend, hebt Herr **Dr. Hunger** hervor. Man benötige eine flexiblere Verkehrsführung in den verkehrsschwachen Zeiten, um auch kürzere Wege zu ermöglichen.

Frau **StRin Haase** habe die Bitte, dass die Präsentation der Experten als PDF-Dokument sowie die E-Mail-Adresse von Frau Dr. Rauterberg-Wulff den Stadträten zur Verfügung gestellt werden.

Herr **StR Schulze** möchte noch nähere Erläuterungen zum Austausch der 63 % der Fahrzeuge, die zum Tragen der grünen Plakette berechtigt sein sollen.

Diese 63 % sei lediglich eine Zielstellung, stellt Herr **Dr. Hamann** klar. Es würden jetzt die konkreten Arbeitsschritte sowie Arbeitsmaßnahmen angestrebt werden.

Herr **BM Hilbert** dankt allen Experten und geht in die Diskussion mit der Verwaltung über.

Für Frau **StRin Kaufmann** stelle sich trotzdem die Frage, wie realistisch die Umsetzung des Luftreinhalteplanes sei. Sie kritisiert, dass das Thema Pendler keine großartige Erwähnung finde. Zum Thema LKW-Leitsystem möchte sie in der dann stattfindenden inhaltlichen Diskussion konkrete Planungen erläutern. Sei eine Touristencard wirklich sinnvoll, stellt Frau StRin Kaufmann abschließend in den Raum.

Frau **StRin Köhler** beantragt, heute nur über den Beschlusspunkt 2 (Auslegung) abzustimmen. Nach Vorliegen der Ergebnisse über die Auslegung könne man dann intensiv über den Beschlusspunkt 1 debattieren.

Es bestehe die Möglichkeit, heute ausschließlich über die Offenlegung abzustimmen und danach könne der Luftreinhalteplan (Beschlusspunkt 1) mit den eingearbeiteten Einwendungen/Hinweisen beschlossen werden, erklärt Herr **BM Hilbert**. Sollten sich nach der Offenlegung grundlegende Änderungen ergeben, müsse der Luftreinhalteplan erneut zwingend öffentlich ausgelegt werden. Eine Vertagung bis ins neue Jahr wäre aber nicht möglich, sondern nur eine Sondersitzung noch in diesem Jahr.

Der Antrag von Frau StRin Köhler, dass heute nur Beschlusspunkt 2 (Offenlegung) abgestimmt wird, bringt Herr BM Hilbert zur Abstimmung.

SB	6 Ja/5 Nein/0 Enthaltungen	Zustimmung
WF	3 Ja/4 Nein/0 Enthaltungen	Ablehnung
UK	6 Ja/5 Nein/0 Enthaltungen	Zustimmung

Unter diesen Umständen könne UK als federführendes Gremium heute nur vorbehaltlich des Votums von WF zu einem abschließenden Ergebnis kommen.

Herr **Schulze** beantragt eine Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung zur Beratung der Vorlage, in dieser Sitzung könne noch keine Abstimmung erfolgen. Diese geschehe am 16.12.2010.

Diesem Vertagungsantrag wird vom Ausschuss für Wirtschaftsförderung mit einem Votum von 4/1/1 zugestimmt.

Herr **BM Hilbert** bringt die Offenlage des Luftreinhalte- und Aktionsplan für die Landeshauptstadt Dresden (1. Fortschreibung) - Abstimmung ausschließlich zu Punkt 2 - zur Abstimmung in den Gremien wie folgt:

Abstimmung Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau:

8 / 0 / 3 Zustimmung zur Offenlage

Abstimmung - Beschluss - Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft:

**7 / 4 / 0 Zustimmung zur Offenlage vorbehaltlich dem Votum
des Ausschusses für Wirtschaftsförderung in seiner
Sondersitzung am 16.12.2010.**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt- und Kommunalwirtschaft beschließt, den Entwurf des Luftreinhalteplanes der Landeshauptstadt Dresden zur Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 47 (5a) BImSchG für die Dauer von einem Monat öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 7

Nein 4

Enthaltung 0

Die Diskussion ist beendet und Herr **BM Hilbert** schließt die Sondersitzung der Ausschüsse für Umwelt und Kommunalwirtschaft, Stadtentwicklung und Bau sowie Wirtschaftsförderung um 19:30 Uhr.

Dirk Hilbert
Beigeordneter für Wirtschaft

Ines Richter
Schriftführerin

Vester
Stadtrat

Klein
Stadtrat